

II- 994 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER
 FÜR BAUTEN UND TECHNIK**

Zl.43.272-Präs.A/71

Wien, am 8. März 1971

Anfrage Nr. 391 der Abg. Neuhauser
 und Genossen betr. Errichtung eines
 Amtsgebäudes für Bundesbehörden in
 Wels ("Welser Behördenzentrum")

393/A.B.

zu 391/J.
 Präs. am 12. März 1971

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates
 Dipl. Ing. Karl WALDBRUNNER

Parlament

1010 Wien

Auf die Anfrage, welche die Abg. Neuhauser und
 Genossen betreffend Errichtung eines Amtsgebäudes für Bundes-
 behörden in Wels in der Sitzung des Nationalrates am 3.2.1971
 an mich gerichtet haben, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

"Ausgehend vom Ergebnis des Architektenwettbewerbes
 wird derzeit an der Detailplanung gearbeitet. Im Hinblick
 auf die Größe des Bauvorhabens, dessen Baukosten auf über
 70 Mio Schilling veranschlagt werden, ist mit der Beendigung
 dieser Detailplanung etwa im Frühjahr 1972 zu rechnen. Von
 diesem Zeitpunkt an ist der Baubeginn technisch möglich,
 weshalb nicht gesagt werden kann, daß der Beginn dieses Bau-
 vorhabens sich verzögert hat.

Der tatsächliche Baubeginn wird dann davon
 abhängen, ob ausreichende finanzielle Mittel vorhanden sind,
 um mit dem Bau des Bundesamtsgebäudes in Wels beginnen zu können.

In Anbetracht der derzeit beengten Kreditsituation
 würde dies eine entsprechende Erhöhung der Ansätze im Bundes-
 finanzgesetz ab dem Jahre 1972 erfordern; das Bundesministerium
 für Bauten und Technik wird bemüht sein, alles zu unternehmen,
 um dieses Projekt zum ehestmöglichen Zeitpunkt realisieren
 zu können.

- 2 -

zu Zl. 43.272-Präs.A/71

Im Hinblick auf diesen Sachverhalt kann derzeit ein verbindlicher Termin über den Baubeginn nicht bekanntgegeben werden."

Hinsichtlich der Finanzierung der Neubauten des Bundes möchte ich abschließend auf folgendes hinweisen:

"Um alle noch offenen Unterbringungsfragen der Bundesverwaltung in absehbarer Zeit zu bereinigen, wäre ein Vielfaches der alljährlich zur Verfügung stehenden Mittel erforderlich. Es obliegt daher den einzelnen Ressortministern, die Dringlichkeit ihrer verschiedenen Wünsche betr. Neubauten festzulegen. Das Bundesministerium für Bauten und Technik ist sodann bemüht, die jeweils Erstgereichten in das Bauprogramm aufzunehmen."

Wegen der beträchtlichen Größe derzeit bereits laufender Bauvorhaben, wie z.B. das Palais Trautson für das Bundesministerium für Justiz, das Bundesamt für Besoldung und Verrechnung, das Bundesamt für Zivilluftfahrt, das Zollamt Wien, die Polizeidirektion Wien, die Jugendstrafanstalt Gerasdorf/Steinfeld, das Amtsgebäude Güssing, die Polizeikaserne Linz, das Landesgendarmekommando Graz sind auch für dringlich eingestufte Projekte Wartezeiten nicht zu vermeiden.